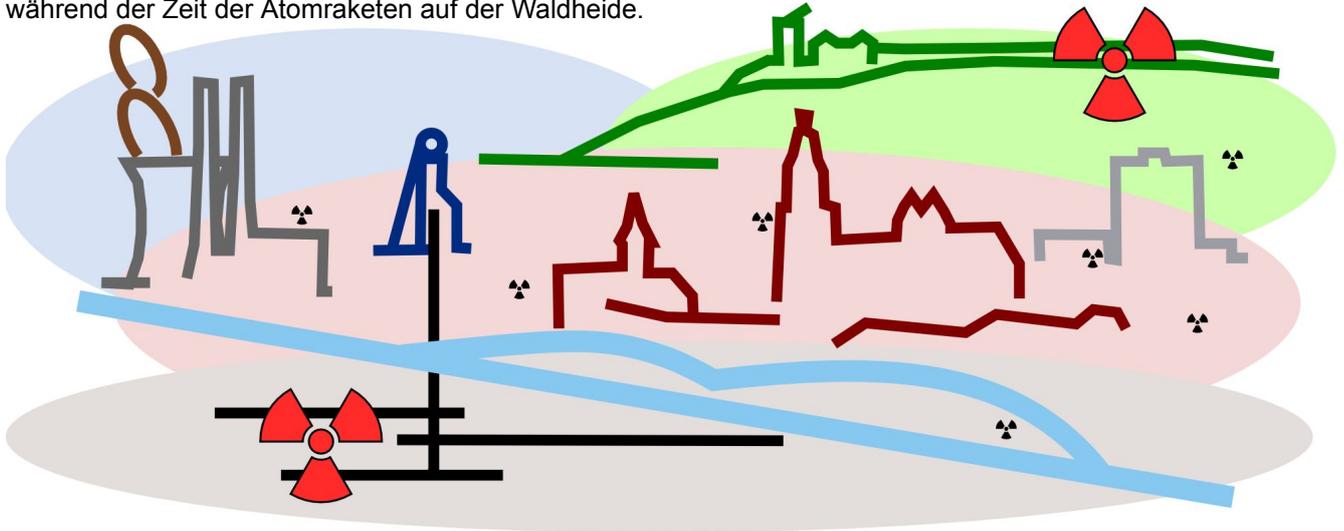


# Heilbronn vor den atomaren und radioaktiven Gefahren schützen!

Die Antwort von Oberbürgermeister Harry Mergel vom 17.07.2015 an das Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn zeigt leider an keinem einzigen Punkt, dass Herr Mergel bereit wäre, zum Schutz Heilbronn und seiner Bürger vor atomaren und radioaktiven Gefahren aktiv zu werden. Er glaubt, die bisherigen „gesetzlichen Bestimmungen“ sicherten bereits den „größtmöglichen Schutz der Bevölkerung“. Dieser Glaube erinnert an Europa vor Tschernobyl, an Japan vor Fukushima, und an die offizielle Heilbronner Linie während der Zeit der Atomraketen auf der Waldheide.



Der offene Brief des Aktionsbündnisses Energiewende Heilbronn vom 02.07.2015 hatte 20 thematische Punkte in 8 Kapiteln.

## Analyse der Antworten von OB Harry Mergel in Zuordnung zu den 8 Kapiteln:

### Weiterbetrieb des AKWs GKN II

- Er teilt die Kritik am AKW-Weiterbetrieb „in wesentlichen Punkten nicht“, ohne nähere Angabe.
- Er befürwortet die Einbindung von Heilbronn in die Infokommission. Er habe sich dazu auch an deren Vorsitzenden gewandt. Er schreibt aber nicht, dass seither 1 Jahr lang nichts geschehen ist und dass die Stadt Heilbronn auch weder als Besucher teilnahm noch dem Vorschlag gefolgt ist, wenigstens die Einladungen an die Gemeinderäte und die Bürger weiter zu geben.

### Abrüstung und Demontage des AKWs GKN I und später des AKWs GKN II

- Er teilt die Kritik am Abbruch „in wesentlichen Punkten nicht“, ohne nähere Angabe.

### Langfristiges Castoren-Lager ohne ausreichenden Schutz, ohne ausreichende Genehmigung

- Keine Antwort.

### Langfristiges Lager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll

- Keine Antwort.

### „Freigemessenes“ und „herausgegebenes“ Material in freier Verteilung trifft auch Heilbronn

- Keine Antwort. Nur im Fazit das dürftige Glaubensbekenntnis „Ich bin jedoch auch der Auffassung, dass mit der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Umgang mit Materialien aus kerntechnischen Anlagen, ein größtmöglicher Schutz der Bevölkerung gegeben ist.“

### Ein kleiner Teil des „freigemessenen“ radioaktiven Materials ist zur Deponierung v.a. auf Bauschutt-Deponien vorgesehen.

- Er teilt die Kritik am Deponieren des „freigemessenen“ Materials „in wesentlichen Punkten nicht“.
- Zusätzliche 10  $\mu\text{Sv}$  seien sehr gering. Er stellt einen Vergleich mit der „natürlichen“ Strahlenbelastung an. Es geht aber nicht um einen Vergleich, sondern um eine Addition.
- Er vermeidet eine Zusage bezüglich eines dauerhaften Einlagerungsstopps von „freigemessenem“ Müll in der Untertagedeponie.
- Er bezeichnet die Aufnahme von AKW-Bauschutt als Übernahme von „Verantwortung, die sich aus den mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen ergibt“. Das stellt die Tatsachen auf den Kopf, denn es ist klar, dass der AKW-Abbrismüll nicht Folge der Energiewende ist, sondern Folge des Baues und Betriebs von AKWs.
- Er benennt die freiwillige Übernahme von radioaktivem Bauschutt von GKN I auf die Deponie Vogelsang der Stadt Heilbronn, behauptet dazu wider besseres Wissen und im Widerspruch zur o.g. Angabe der zusätzlichen 10  $\mu\text{Sv}$ , es handele sich dabei „nicht um radioaktiv belastetes Material“.

### Hochspannungs-Gleichstromleitungen verzögern möglicherweise die weitere Energiewende

- Keine Antwort.

### Geplanter Schiffstransport von 15 Castoren aus Obrigheim durch Heilbronn

- Keine Antwort.